

Abschaffung des Straftatbestandes der Politikerbeleidigung gefordert

11.6.2026 - | Deutscher Bundestag

Der Bundestag hat sich am Donnerstag, 11. Juni 2026, erstmals mit einem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion „zur Abschaffung des § 188 des Strafgesetzbuchs - Stärkung der Meinungsfreiheit und Gleichheit vor dem Gesetz“ (21/6328(Dokument, öffnet ein neues Fenster)) befasst.

Der Entwurf wurde nach 30-minütiger Aussprache zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Federführend ist der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz. Der Paragraph 188 des Strafgesetzbuches soll Personen des öffentlichen Lebens vor Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung schützen. (ste/11.06.2026)

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw24-de-stgb188-1183588>